

Willkommenskultur in Deutschland: Entwicklungen und Herausforderungen

Ergebnisse einer repräsentativen
Bevölkerungsumfrage in Deutschland

TNS Emnid im Auftrag der Bertelsmann Stiftung
Januar 2015



Willkommenskultur in Deutschland: Entwicklungen und Herausforderungen

Ergebnisse einer repräsentativen Bevölkerungs-
umfrage in Deutschland

TNS Emnid im Auftrag der Bertelsmann Stiftung
Januar 2015

Kontakt

Ulrich Kober
Director
Programm Integration und Bildung
Bertelsmann Stiftung
Telefon 05241 81-81598
Fax 05241 81-681598
ulrich.kober@bertelsmann-stiftung.de
www.bertelsmann-stiftung.de

Dr. Franco Zotta
Project Manager
Programm Integration und Bildung
Bertelsmann Stiftung
Telefon 05241 81-81539
Fax 05241 81-681539
franco.zotta@bertelsmann-stiftung.de
www.bertelsmann-stiftung.de

Titelbild: Veit Mette

Inhalt

Willkommenskultur in Deutschland: eine neue Kultur entwickelt sich	2
A. Ergebnisse im Überblick.....	4
B. Ergebnisse im Einzelnen	6
1. Willkommenskultur wird positiver gesehen.....	6
2. Einwanderungsland Deutschland gewinnt an Reife	7
2.1. Erwartungen an die Eigeninitiative von Einwanderern steigen	7
2.2. Auch von staatlichen Stellen werden mehr Aktivitäten zu Gunsten von Einwanderern gewünscht.....	8
2.3. Vor allem in staatlichen Institutionen sind Einwanderer aus Sicht der Befragten nicht angemessen vertreten	10
3. Bevölkerung bleibt hin- und hergerissen in ihrer grundsätzlichen Haltung gegenüber Zuwanderung	11
3.1. Die Bevölkerung sieht in Zuwanderung Vorteile, befürchtet aber auch Konflikte und finanzielle Belastungen	11
3.2. Die Haltungen von Migranten und Nicht-Migranten nähern sich an.....	13
4. In Ostdeutschland wächst die Skepsis gegenüber Zuwanderung	14
4.1. In der Bewertung der Willkommenskultur ist Ostdeutschland skeptischer geworden.....	14
4.2. Im Vergleich zu 2012 entwickeln sich Ost- und Westdeutschland partiell in gegensätzliche Richtungen.....	15
4.3. Ostdeutsche Befragte äußern tendenziell mehr Vorbehalte gegenüber Zuwanderung.....	16
5. In Deutschland werden die Effekte des demographischen Wandels unterschätzt	17
5.1. Mehr als jeder Vierte glaubt, dass die Bevölkerung in Deutschland ohne Einwanderer nicht oder kaum schrumpfen wird	17
5.2. Die Bevölkerung ist uneins hinsichtlich der Herausforderung des Fachkräftemangels	18
C. Hintergrund: Studiendesign der Umfrage „Willkommenskultur“ des Instituts TNS Emnid, Bielefeld.....	19

Willkommenskultur in Deutschland: eine neue Kultur entwickelt sich

Ulrich Kober

Deutschland ist zurzeit der Magnet für Einwanderer in Europa. Hunderttausende Migranten kommen, aber viele verlassen das Land auch wieder. Einwanderer bleiben, wenn sie Chancen für sich und Perspektiven für ihre Angehörigen sehen und sich im Aufnahmeland wohl fühlen. Länder, die aus ökonomischen und demographischen Gründen auf Zuwanderung angewiesen sind, sind gut beraten, neben transparenten und einfachen Regeln für Arbeitsmigranten auch eine Willkommenskultur in Staat und Gesellschaft zu entwickeln und zu verankern. Nur im Zusammenspiel von intelligenter Steuerung und offener Kultur wird ein Einwanderungsland attraktiv für Fachkräfte, die weltweit umworben sind.

Wie steht es um diese vielfach beschworene Kultur in Deutschland? Willkommenskultur kann definiert werden als eine Haltung der Offenheit gegenüber Migranten, die auf Teilhabe und Inklusion zielt: Sie umfasst individuelle, organisatorische und gesamtgesellschaftliche Aspekte und manifestiert sich in bestimmten Regelungen und Praktiken (vgl. U. Kober/R. Süßmuth: Deutschland – einig Einwanderungsland?! in: Vielfältiges Deutschland. Bausteine für eine zukunftsfähige Gesellschaft, herausgegeben von der Bertelsmann Stiftung, Gütersloh 2014). Die vorliegende Untersuchung zur Willkommenskultur fokussiert auf die Einstellungen in der Bevölkerung. Sie basiert auf der Wiederholung einer repräsentativen Umfrage zur Willkommenskultur, die TNS Emnid erstmals im November 2012 und nun erneut im Januar 2015 im Auftrag der Bertelsmann Stiftung durchgeführt hat. Die Wiederholung vieler Fragen in beiden Umfragen macht Vergleiche möglich, die Entwicklungen sichtbar machen.

Der erste Befund: Heute glauben mehr Menschen in Deutschland als noch vor drei Jahren, dass Einwanderer bei uns willkommen sind – sowohl in der Bevölkerung als auch bei den staatlichen Stellen. Das ist erstaunlich, denn die zuwanderungskritischen Demonstrationen der vergangenen Monate oder die jüngsten skeptischen Befunde des Eurobarometers haben zuletzt einen anderen Eindruck hinterlassen. Hier handelt es sich aber nur auf den ersten Blick um einen Widerspruch: Denn wenn sich etwas verändert, dann deuten Widerstände darauf, dass die Veränderung wirkungsvoll ist. Tatsächlich scheint sich in den Einstellungen der Menschen gegenüber Einwanderern etwas verändert zu haben. Gestiegen sind neben der Einschätzung der Willkommenskultur auch die Erwartungen an Einwanderer. Darin zeigt sich, dass die Menschen in Deutschland an ihre Migranten letztlich dieselben Ansprüche stellen wie an Einheimische. Begegnung auf Augenhöhe ist gewünscht, nicht gegenseitige Abschottung. Aber nicht nur an Migranten werden höhere Ansprüche gestellt. Auch Staat und Gesellschaft müssen nach Überzeugung einer Mehrheit in der Bevölkerung mehr tun, um das Land für Einwanderer attraktiv zu machen. Zudem sind die meisten der Ansicht, Migranten sollen im öffentlichen Leben mehr vertreten sein, insbesondere in der Politik und den Ämtern, aber auch in den Kindergärten und Schulen als Erzieher und Lehrer.

Diese Befunde zusammengenommen sprechen für die These, dass die Einwanderungsgesellschaft in Deutschland „reifer“ geworden ist. Das Verständnis von Integration ist nicht mehr „einseitig“ in dem Sinne, dass nur Migranten Leistungen erbringen und sich anpassen müssen. Beide Seiten der

Integrationsmedaille werden zunehmend in den Blick genommen: Zuwanderer sollen aktive Bürger sein und zum Gemeinwohl beitragen, aber zugleich sollen sich Gesellschaft und Staat besser auf Zuwanderer einstellen und ihnen entgegenkommen. Hier zeigt sich, dass eine neue Kultur in Deutschland im Blick auf Einwanderer entsteht. Einwanderer werden nicht mehr nur als nützliche Arbeitskräfte gesehen, sondern als Neu- und Mitbürger, die diese Gesellschaft mitgestalten. In Kanada, einer zweifellos „reifen“ Einwanderungsgesellschaft, wird das auf die Formel gebracht: Immigration is about citizenship – not just about labour.

Allerdings gibt es bei der Umfrage auch Befunde, bei denen sich keine große Veränderungen zwischen 2012 und 2015 zeigen. So sind die generellen Einstellungen zur Einwanderung relativ stabil geblieben. Die Menschen im Land sehen unverändert Vorteile, aber auch Nachteile von Einwanderung. Es bleibt demnach bei einem Zwiespalt in der Bevölkerung im Blick auf Migration. Viele Menschen im Land befürchten nach wie vor, dass Einwanderer die Sozialsysteme belasten oder Konflikte mit Einheimischen auslösen. Solche Ängste werden nur entkräftet, wenn es gelingt, die Bildungs- und Arbeitsmarktintegration der bereits im Land in zweiter und dritter Generation lebenden Einwandererfamilien im Sinne nachholender Integration zu verbessern. Auch eine verbesserte Steuerung der Einwanderung zugunsten ausländischer Fachkräfte kann eine Rolle spielen: Denn diese Migranten können helfen, die negativen Auswirkungen des erwartbaren Rückgangs des Erwerbspersonenpotenzials abzuschwächen und den Wohlstand zu sichern. Wenn es also gelingt, verstärkt qualifizierte Einwanderer nach Deutschland zu holen und im Land zu halten, kann sich das teilweise defizitorientierte Bild von Einwanderern in der Bevölkerung nachhaltig verändern.

Eine „reife“ Einwanderungsgesellschaft fragt allerdings nicht nur, ob und wie Einwanderung nützlich ist – sie weiß, dass der Gewinn der Migration durch Investitionen in eine kluge Migrations- und Integrationspolitik gefördert werden kann und muss. Mittelfristig zahlen sich diese Investitionen mehr als aus (vgl. H. Bonin: Der Beitrag von Ausländern und künftiger Zuwanderung zum deutschen Staatshaushalt, Gütersloh 2014). Hier ist Deutschland in den letzten Jahren vorangekommen. Es bleibt aber noch viel zu tun, um das Land attraktiver für ausländische Fachkräfte zu machen und die entstehende Willkommenskultur zu stärken. Die in der Umfrage belegte größere Skepsis gegenüber Einwanderung in dem Landesteil, der angesichts der Demographie am stärksten auf Einwanderer angewiesen ist, stellt dabei eine besondere Herausforderung dar.

A. Ergebnisse im Überblick

In der Bevölkerung wächst das Bewusstsein dafür, dass Deutschland ein Einwanderungsland ist, die Offenheit gegenüber Einwanderern nimmt zu. Aber das Land bleibt mit Blick auf Zuwanderung gespalten. Vor allem der Osten ist skeptisch.

Willkommenskultur wird positiver gesehen

Die Willkommenskultur in Deutschland wird 2015 von der Bevölkerung positiver gesehen als noch vor wenigen Jahren. Das zeigt der Vergleich der aktuellen repräsentativen TNS Emnid-Bevölkerungsumfrage mit jener, die die Bertelsmann Stiftung im Dezember 2012 in Auftrag gegeben hatte. Sechs von zehn Befragten sagen, Einwanderer werden vor Ort freundlich empfangen. 2012 meinten das nur 49 Prozent der in Deutschland lebenden Menschen und stellten damit der Willkommenskultur im Land ein eher schlechtes Zeugnis aus. In ihrer Wahrnehmung wächst demnach eine Kultur des Willkommens im Land. Auch bei der Frage, inwieweit staatliche Stellen in den Kommunen Einwanderer willkommen heißen, deutet sich eine positive Entwicklung an. Waren 2012 noch zwei von drei Befragten dieser Ansicht, sagen das 2015 annähernd drei von vier Befragten.

Einwanderungsland Deutschland gewinnt an Reife

Einwanderer sehen sich mit gestiegenen Erwartungshaltungen von Seiten der Bevölkerung konfrontiert. Zugleich steigen aber auch die Ansprüche an die eigene Willkommenskultur und in der Folge die Bereitschaft, Einwanderer mit gezielten Hilfestellungen zu unterstützen – in dieser Kombination Ausdruck dafür, dass Deutschland ein reiferes Einwanderungsland geworden ist. So sagen einerseits nahezu alle Befragten, dass sich Einwanderer um ein gutes Zusammenleben mit Deutschen bemühen sollten. Drei von vier erwarten von Einwanderern, sich an die deutsche Kultur anzupassen. Andererseits wünschen sich aber auch 80 Prozent, dass Einwanderer mehr von ihrer eigenen Kultur vermitteln. Zudem sprechen sich wachsende Anteile in der Bevölkerung für spezielle Hilfen für Einwanderer beim Arbeitsamt aus. Drei von vier Befragten sehen Handlungsbedarf bei der Anerkennung im Ausland erworbener Schul- und Berufsabschlüsse. 62 Prozent befürworten, dass dauerhafter Aufenthalt ermöglicht werden sollte. Eine Mehrheit spricht sich überdies für die erleichterte Einbürgerung in Deutschland sowie für Gesetzesinitiativen aus, die die Benachteiligung von Einwanderern bekämpfen.

Die Bevölkerung bleibt hin- und hergerissen gegenüber Zuwanderung

Trotz der Fortschritte schwankt die Bevölkerung weiterhin in der Frage, ob Zuwanderung die Gesellschaft bereichert oder ihr eher schadet. Zwar sehen Mehrheiten klare Vorteile: für die Ansiedlung internationaler Firmen, für ein interessanteres Leben in Deutschland und für die demographische Entwicklung. Andererseits verbinden deutliche und im Vergleich zu 2012 stabile Mehrheiten Einwanderung weiterhin mit Problemen, zum Beispiel in Schulen oder mit Blick auf vermeintliche Belastungen des Sozialstaats. Zwei von drei Befragten sehen generell Konfliktpotenzial mit Einheimischen.

In Ostdeutschland wächst die Skepsis gegenüber Zuwanderung

Ob Schulprobleme, vermeintliche Belastung des Sozialstaats oder Konfliktpotenzial mit Einheimischen: Die Skepsis gegenüber Einwanderern ist in den neuen Bundesländern ausgeprägter als in Westdeutschland. Während in Westdeutschland lediglich ein Drittel der Befragten glaubt,

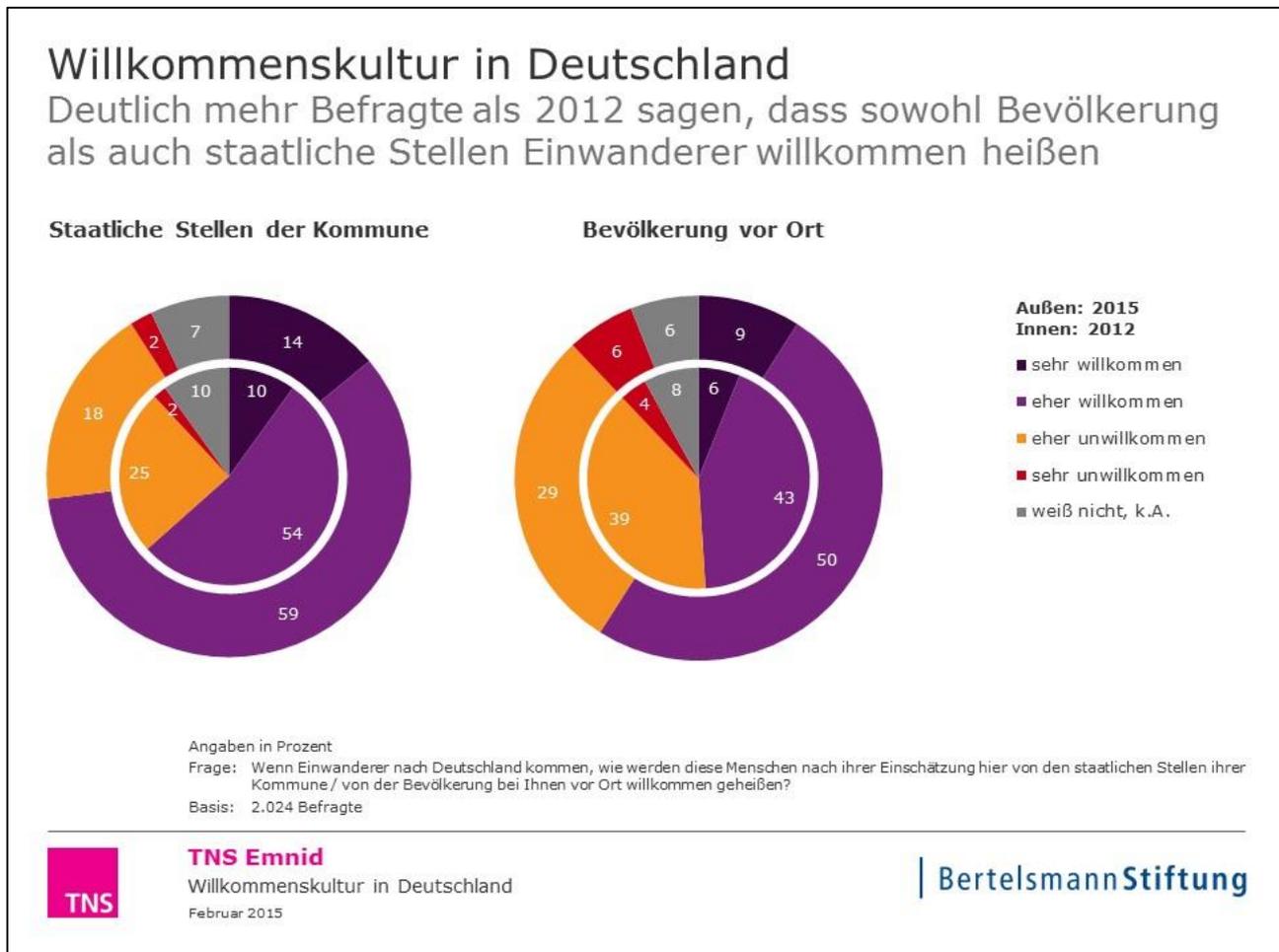
Einwanderer seien nicht willkommen, glaubt das im Osten fast jeder Zweite. Der Vergleich zu 2012 zeigt, dass die Einstellungen in Ost und West punktuell auseinanderdriften und offenbart somit mit Blick auf Einwanderer stärker gegenläufige gesellschaftliche Tiefenströmungen in Ost und West – und das vor dem Hintergrund, dass in Ostdeutschland kaum Menschen mit Migrationshintergrund leben.

In Deutschland werden die Effekte des demographischen Wandels unterschätzt

In Deutschland existiert zwar ein Bewusstsein für die Effekte des demographischen Wandels. Gleichwohl werden seine Auswirkungen unterschätzt. So glaubt mehr als jeder Vierte, Deutschland werde in den nächsten Jahrzehnten ohne Zuwanderung gar nicht oder kaum schrumpfen. Demgegenüber prognostiziert das Statistische Bundesamt bis 2060 ohne Einwanderer einen Bevölkerungsrückgang um über 20 Millionen Menschen. Entsprechend uneinig sind die Befragten darüber, mit welchen Strategien eine älter werdende Gesellschaft einem drohenden Fachkräftemangel begegnen soll. 34 Prozent meinen, Deutschland solle mehr Fachkräfte aus dem Ausland holen. Jeder fünfte Befragte ist hingegen der Ansicht, es gebe gar keinen Mangel an Fachkräften.

B. Ergebnisse im Einzelnen

1. Willkommenskultur wird positiver gesehen



Die Willkommenskultur wird in Deutschland heute deutlich positiver bewertet als noch vor wenigen Jahren. Äußerten 2012 – in dem Jahr hat TNS Emnid im Auftrag der Bertelsmann Stiftung erstmals eine repräsentative Umfrage zum Thema „Willkommenskultur“ durchgeführt – 49 Prozent der Bürger die Ansicht, dass Einwanderer von der Bevölkerung willkommen geheißen werden, so sind der aktuellen Emnid-Umfrage zu Folge nunmehr 59 Prozent dieser Meinung. Einen ebenso starken Anstieg gab es bei der Frage nach der Willkommenskultur staatlicher Stellen in der Kommune. Waren 2012 noch 64 Prozent der Meinung, dass Einwanderer dort willkommen geheißen werden, glauben das heute drei Viertel (73). In Ostdeutschland fallen die Werte für die Willkommenskultur in der Bevölkerung und für die staatlichen Stellen allerdings negativer aus als in Westdeutschland, was in Kapitel 4 ausführlich analysiert wird.

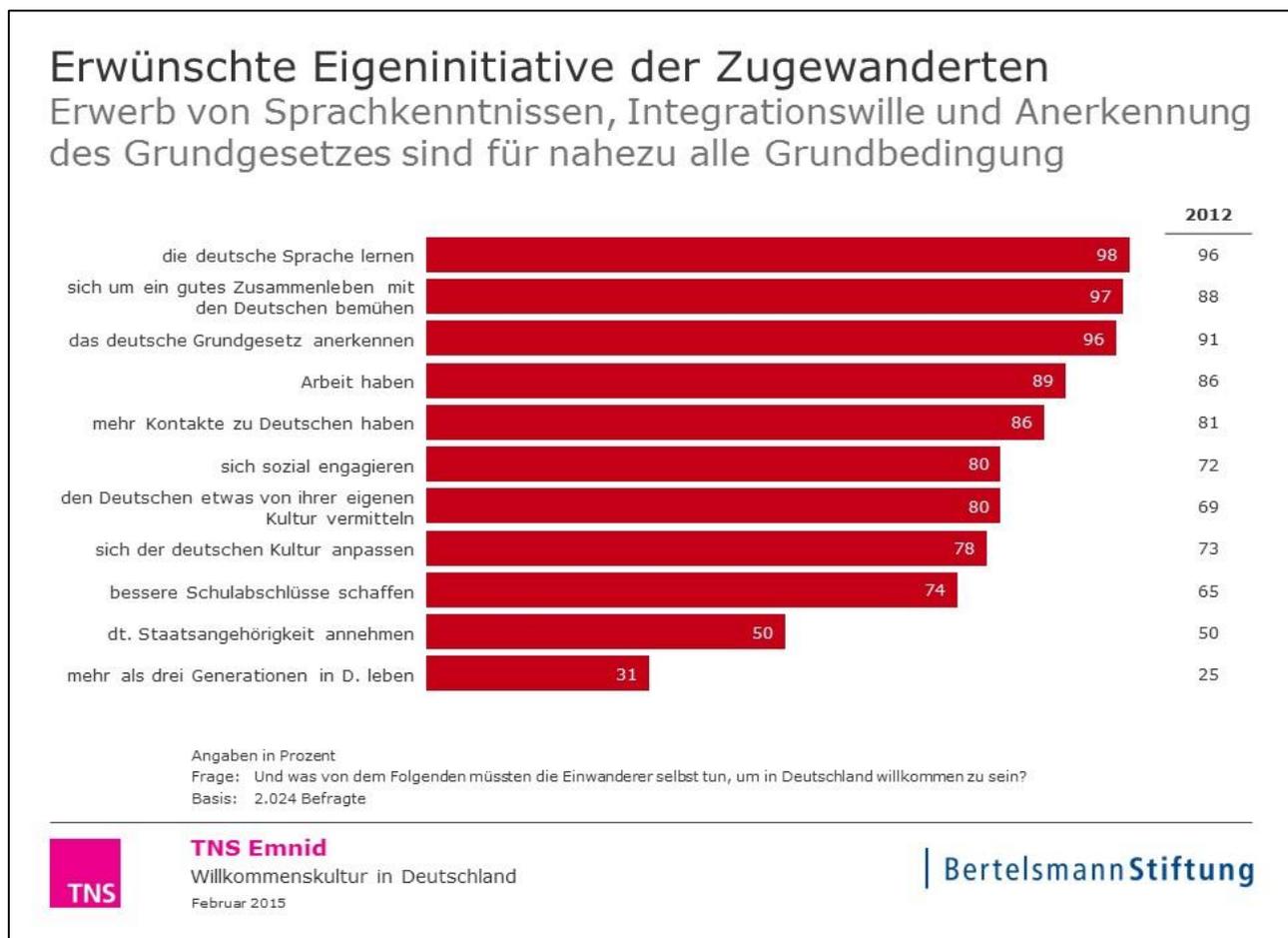
Den Eindruck eines offeneren Deutschlands teilen Menschen mit und ohne Migrationshintergrund. 68 Prozent der befragten Migranten sind der Ansicht, Einwanderer werden von staatlichen Stellen willkommen geheißen. Drei Jahre zuvor sagten das lediglich 57 Prozent. Damit liegt das Erleben der Menschen mit ausländischen Wurzeln in dieser Frage inzwischen nicht weit entfernt von der Wahrnehmung der Menschen ohne Zuwanderungsgeschichte. Letztere sagen zu 73 Prozent, dass die Behörden eine Willkommenskultur entwickelt haben (2012: 66 Prozent).

Allerdings äußern sich Migranten etwas zurückhaltender über die Willkommenskultur in der Bevölkerung. Waren 2012 noch 61 Prozent der Meinung, dass die Bevölkerung Einwanderer willkommen heißt, sagen das 2015 lediglich 59 Prozent. Ihr Wert liegt damit zwar nun gleichauf mit dem der einheimischen Bevölkerung zu dieser Frage (2015: 60 Prozent). Vor drei Jahren beurteilten Befragte mit Migrationshintergrund die Willkommenskultur in der Bevölkerung allerdings noch merklich positiver als jene ohne Migrationshintergrund, die nur zu 45 Prozent dieser Ansicht waren. Die stagnierenden Werte auf Seiten der Migranten bei gleichzeitig deutlich steigenden Werten für Nicht-Migranten deuten darauf hin, dass die beiden Bevölkerungsgruppen die Entwicklung der Willkommenskultur in der Bevölkerung seit 2012 sehr unterschiedlich wahrgenommen haben.

2. Einwanderungsland Deutschland gewinnt an Reife

Das Einwanderungsland Deutschland gewinnt an Reife. Ein Indiz für diese Entwicklung sind die höheren Ansprüche der Bevölkerung sowohl an die Bereitschaft der Einwanderer sich zu integrieren als auch an die eigene Willkommenskultur. Auf dieser Linie liegt auch die Wahrnehmung vieler Befragter, dass Menschen mit Zuwanderungsgeschichte in vielen Bereichen des öffentlichen Lebens nicht ausreichend vertreten sind.

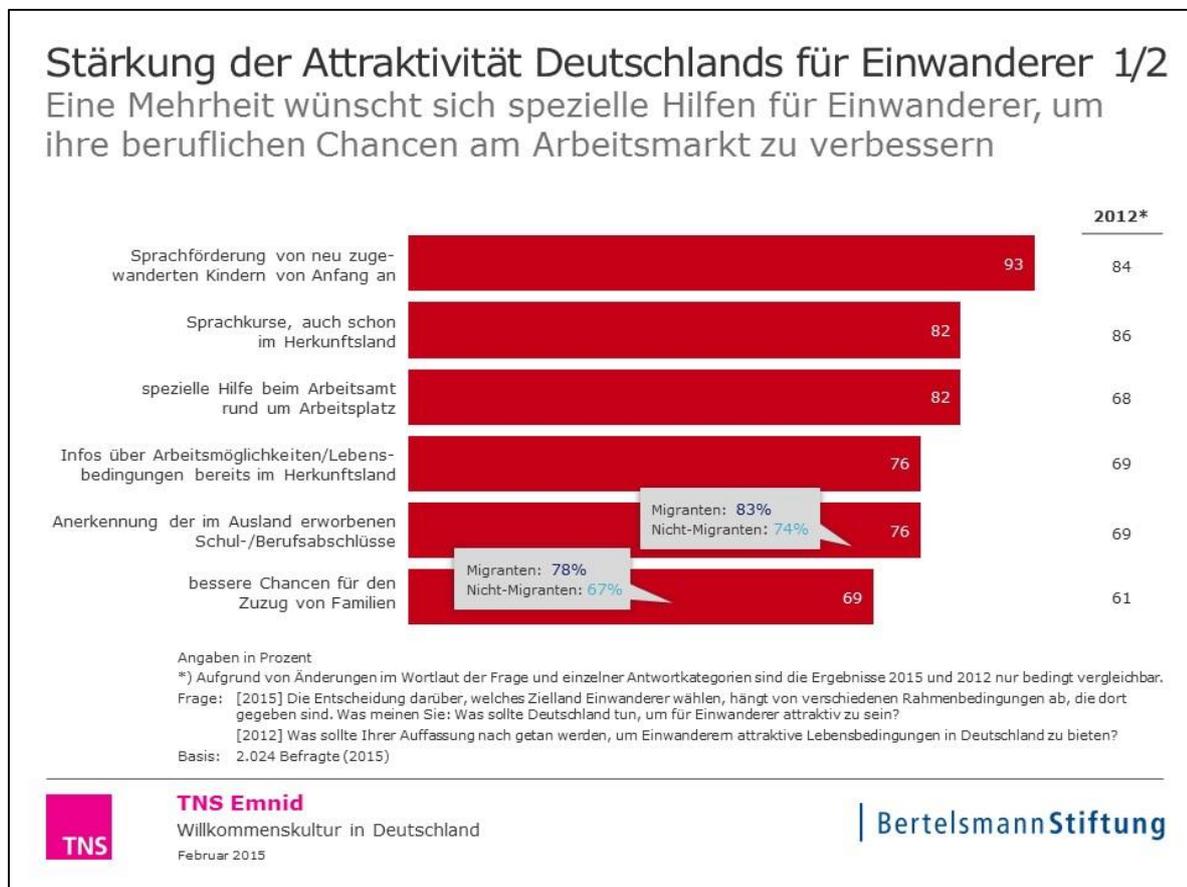
2.1. Erwartungen an die Eigeninitiative von Einwanderern steigen

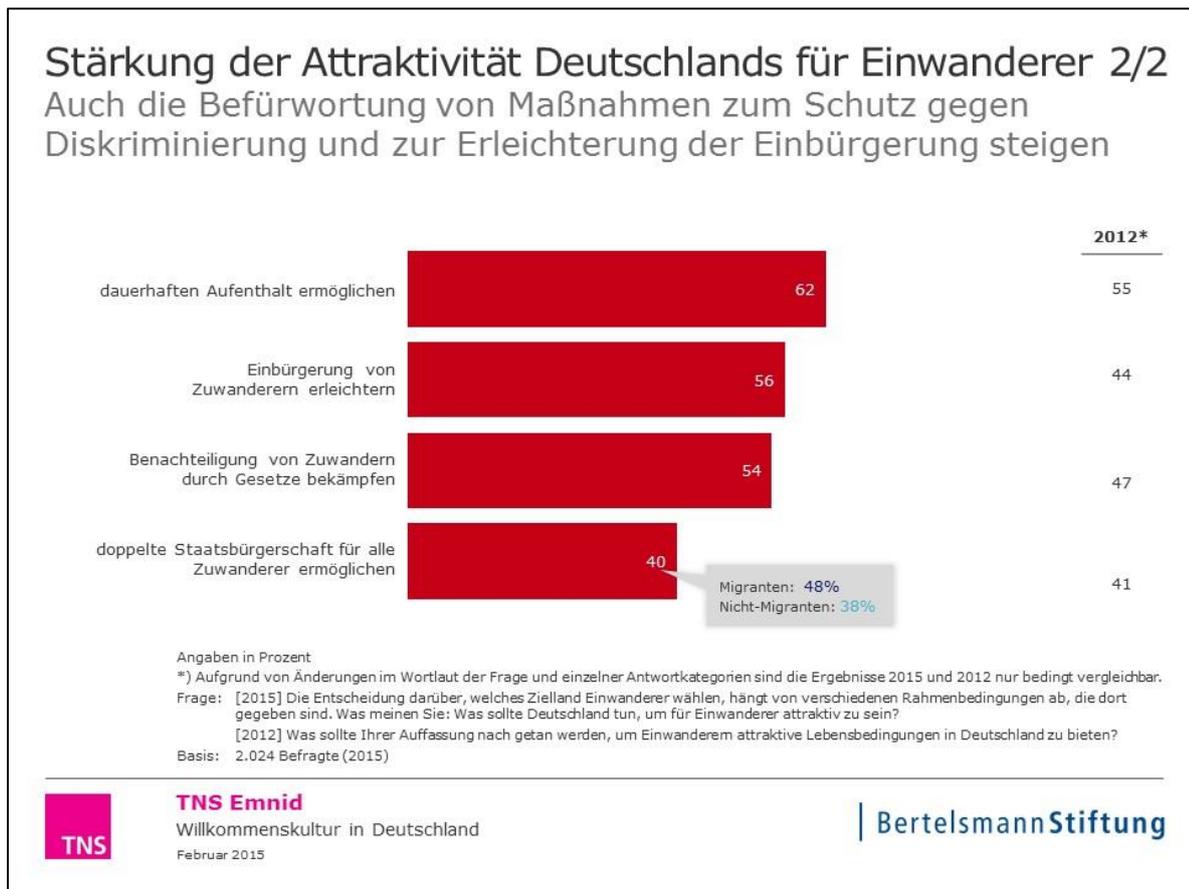


Einwanderer werden von Seiten der Einheimischen mit höheren Integrationserwartungen konfrontiert. Die Maßstäbe für diese Erwartungshaltungen sind damit zunehmend die gleichen, die auch an die einheimische Bevölkerung selbst gestellt werden. So sagen fast alle Befragten (97 Prozent), dass Einwanderer sich um ein gutes Zusammenleben mit Deutschen bemühen (2012: 88) und der deutschen Sprache mächtig sein sollten (98). 80 Prozent wünschen ein größeres soziales Engagement der Einwanderer (2012: 72). 3 von 4 Befragten (78) erwarten, dass Einwanderer sich an die deutsche Kultur anpassen. Zugleich wünschen sich 80 Prozent der Befragten, dass Einwanderer mehr von ihrer eigenen Kultur vermitteln (2012: 69). Die Werte der Befragten mit Migrationshintergrund unterscheiden sich bei diesen Fragen kaum von jenen ohne Migrationshintergrund.

Deutliche Unterschiede bestehen allerdings zwischen den Generationen. Die Ansprüche an Einwanderer sind in der älteren Generation stärker ausgeprägt als in der jüngeren Generation. So sind etwa 85 Prozent der über 60-jährigen Befragten der Ansicht, dass Einwanderer sich der deutschen Kultur anpassen sollten. Bei den 14-29-Jährigen sind 67 Prozent dieser Ansicht. Vergleichbar große Differenzen zwischen Alt und Jung gibt es, wenn man etwa danach fragt, ob Einwanderer mehr soziale Kontakte zu Deutschen haben (das fordern 92 Prozent der über 60-Jährigen, bei den Jungen sagen das 75 Prozent) oder ob sie bessere Schulabschlüsse erzielen sollten (was 85 Prozent der Älteren fordern im Gegensatz zu 65 Prozent auf Seiten der Jüngeren). Die relativ gesehen größere Selbstverständlichkeit der jüngeren Generation im Umgang mit Vielfalt findet hier offenbar ihren sinnfälligen Ausdruck.

2.2. Auch von staatlichen Stellen werden mehr Aktivitäten zu Gunsten von Einwanderern gewünscht



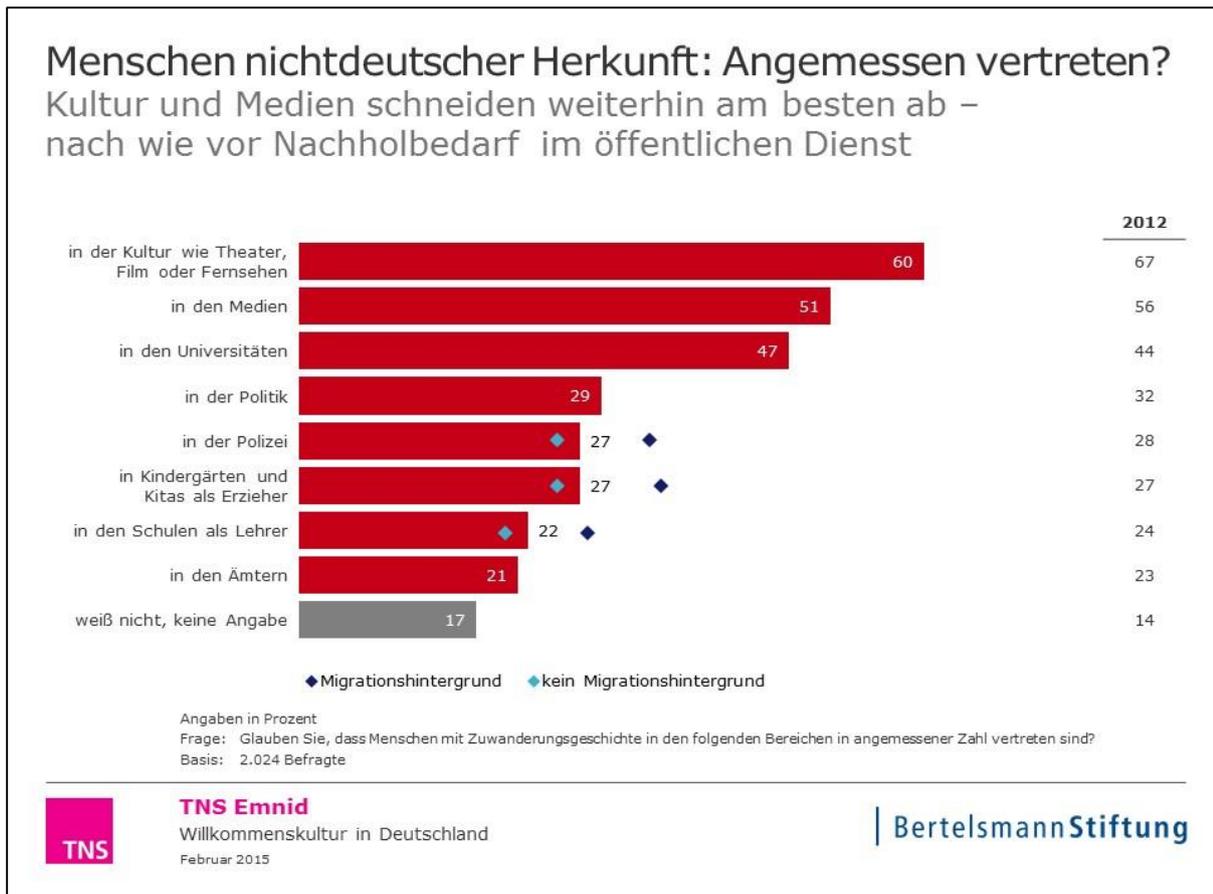


Parallel zu den höheren Erwartungshaltungen an Einwanderer steigt auch das Bewusstsein in der Bevölkerung, dass gelingende Integration und erfolgreiche Teilhabe spezielle Vorleistungen und Hilfestellungen von Seiten der Aufnahmegesellschaft erfordert. Handlungsbedarf sehen die Befragten primär darin, die Willkommenskultur auszubauen. Damit Deutschland für Einwanderer attraktiv ist, sprechen sich beispielsweise 82 Prozent für spezielle Hilfen beim Arbeitsamt aus (2012: 68 Prozent). 76 Prozent sehen Handlungsbedarf bei der Anerkennung der im Ausland erworbenen Schul- und Berufsabschlüsse (2012: 69). 62 Prozent befürworten, dass dauerhafter Aufenthalt ermöglicht werden sollte (2012: 55). 56 Prozent meinen, Deutschland sollte die Einbürgerung erleichtern (2012: 44), und 54 Prozent meinen, die Benachteiligung von Zuwanderern solle durch Gesetze bekämpft werden (2012: 47). Derart gestiegene Erwartungshaltungen an Einwanderer bei gleichzeitig höherer Sensibilität für Förder- und Antidiskriminierungsmaßnahmen sind Ausdruck wachsender Normalität im Verhältnis zwischen Einheimischen und Einwanderern, wie vergleichbare Prozesse in klassischen Einwanderungsländern wie Kanada oder Neuseeland zeigen.

Befragte mit und ohne Migrationshintergrund unterscheiden sich bei diesem Fragenkomplex vor allem in drei Punkten, die sich aus der spezifischen Lebenssituation und den damit verknüpften unterschiedlichen Rechten erklären: So wünschen sich Migranten im stärkeren Maße die Anerkennung ihrer im Ausland erworbenen Abschlüsse (83 : 74), Erleichterungen beim Familiennachzug (78 : 67) sowie den Zugang zur doppelten Staatsbürgerschaft für alle Zuwanderer (48 : 38). Dies sind Hinweise, was Deutschland aus Sicht ausländischer Fachkräfte noch attraktiver machen könnte.

In der aktuellen Umfrage von 2015 wurde erstmals auch nach der Einschätzung gefragt, ob Angebote für Einwanderer den Staat unnötig Geld kosten und diese Mittel besser für Deutsche ausgegeben werden sollten. Dieser Ansicht sind insgesamt 31 Prozent der Befragten, wobei die Unterschiede zwischen Ost und West sowie nach Bildungsstand sehr groß sind. Im Osten waren 40 Prozent dieser Ansicht, im Westen dagegen nur 29 Prozent, Befragte mit Volks- oder Hauptschulabschluss zu 42 Prozent, Befragte mit Abitur oder Hochschulabschluss nur zu 13 Prozent.

2.3. Vor allem in staatlichen Institutionen sind Einwanderer aus Sicht der Befragten nicht angemessen vertreten



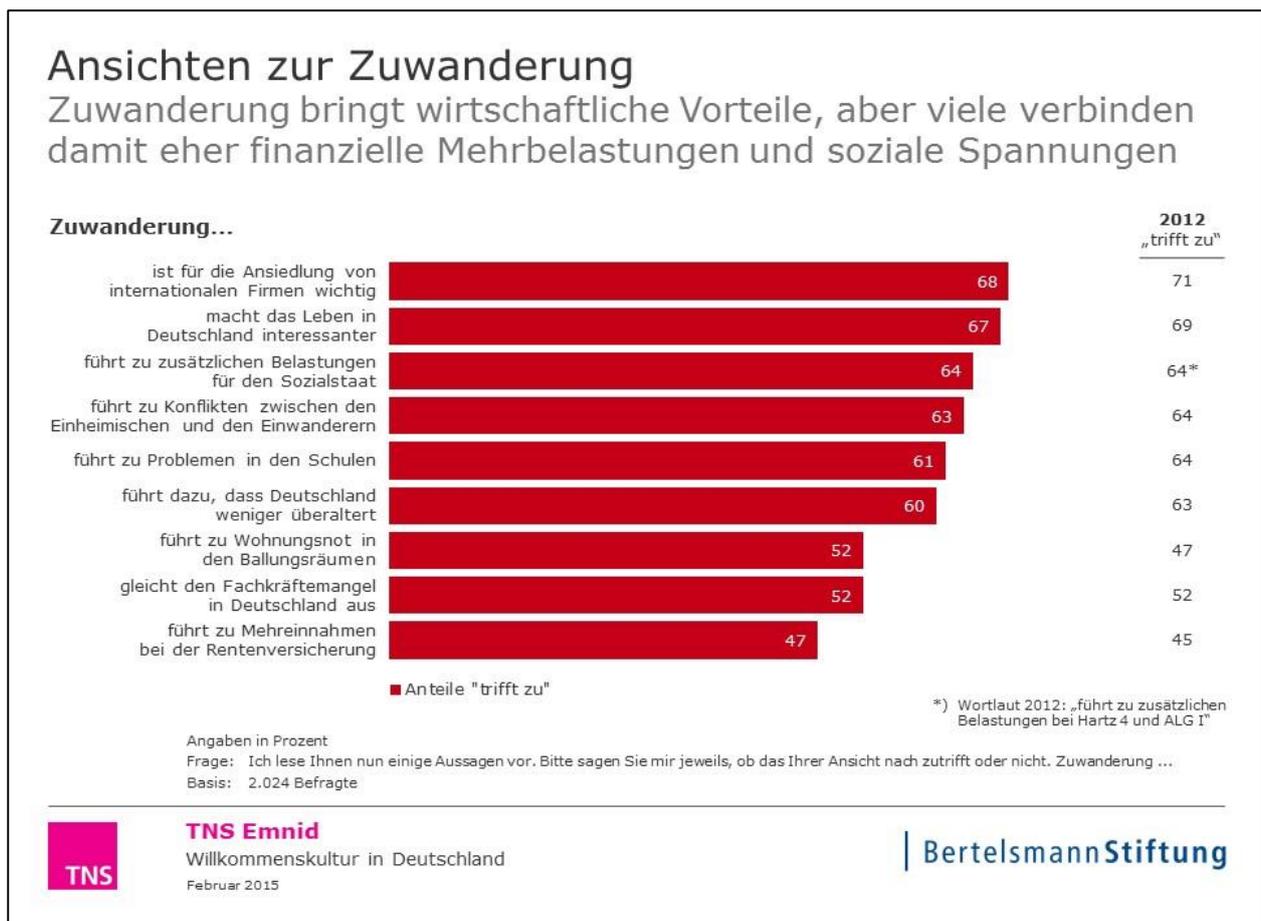
Wie schon die Umfrage von 2012 zeigte, sind es vor allem öffentliche Einrichtungen, in denen Menschen mit Zuwanderungsgeschichte aus Sicht der Befragten nicht angemessen vertreten sind. Nur ein Drittel bis ein Viertel äußert (im Vergleich zu 2012 beinahe unverändert) die Ansicht, dass der Anteil an Einwanderern in Schulen und Kindergärten, in Ämtern, in der Polizei oder in der Politik angemessen ist. Befragte ohne Migrationshintergrund urteilen hier etwas kritischer als jene mit Migrationshintergrund.

Im kulturellen Bereich sieht hingegen eine Mehrheit der Befragten Einwanderer angemessen repräsentiert. Auch bei dieser Frage fällt auf, dass jüngere Befragte im Alter zwischen 14-29 Jahren in praktisch allen abgefragten Items eine zum Teil deutlich höhere Sichtbarkeit von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte attestieren als dies bei allen älteren Generationen der Fall ist.

3. Bevölkerung bleibt hin- und hergerissen in ihrer grundsätzlichen Haltung gegenüber Zuwanderung

Die größere Offenheit gegenüber Einwanderern, die sich in den bisher analysierten Einschätzungen zeigt, geht einher mit einer Zwiespältigkeit in der Bevölkerung im Blick auf wahrgenommene Vor- und Nachteile von Zuwanderung. Dieser Zwiespalt zeigte sich schon in der Umfrage von 2012.

3.1. Die Bevölkerung sieht in Zuwanderung Vorteile, befürchtet aber auch Konflikte und finanzielle Belastungen



In ihrer grundsätzlichen Haltung zum Nutzen von Einwanderung bleibt die Bevölkerung in Deutschland zwiespältig. Zwar sehen die Befragten klare Vorteile: für die Ansiedlung internationaler Firmen (68 Prozent), für ein interessanteres Leben in Deutschland (67) und für die demographische Entwicklung (60). Zugleich jedoch verbinden aber deutliche und stabile Mehrheiten Einwanderung mit Problemen in Schulen (61) und Belastungen des Sozialstaats (64). 63 Prozent sehen generell Konfliktpotenzial mit Einheimischen.

Bei diesem Fragenkomplex hängen viele Antworten in sinnfälliger Weise von der formalen Bildung des Befragten ab. Je niedriger der Bildungsabschluss, desto eher werden Probleme mit und Vorbehalte gegenüber Einwanderern zum Ausdruck gebracht. So äußern zum Beispiel 80 Prozent der Befragten mit hoher Schulbildung (Abitur/Uni), dass das Zusammenleben mit Einwanderern eine

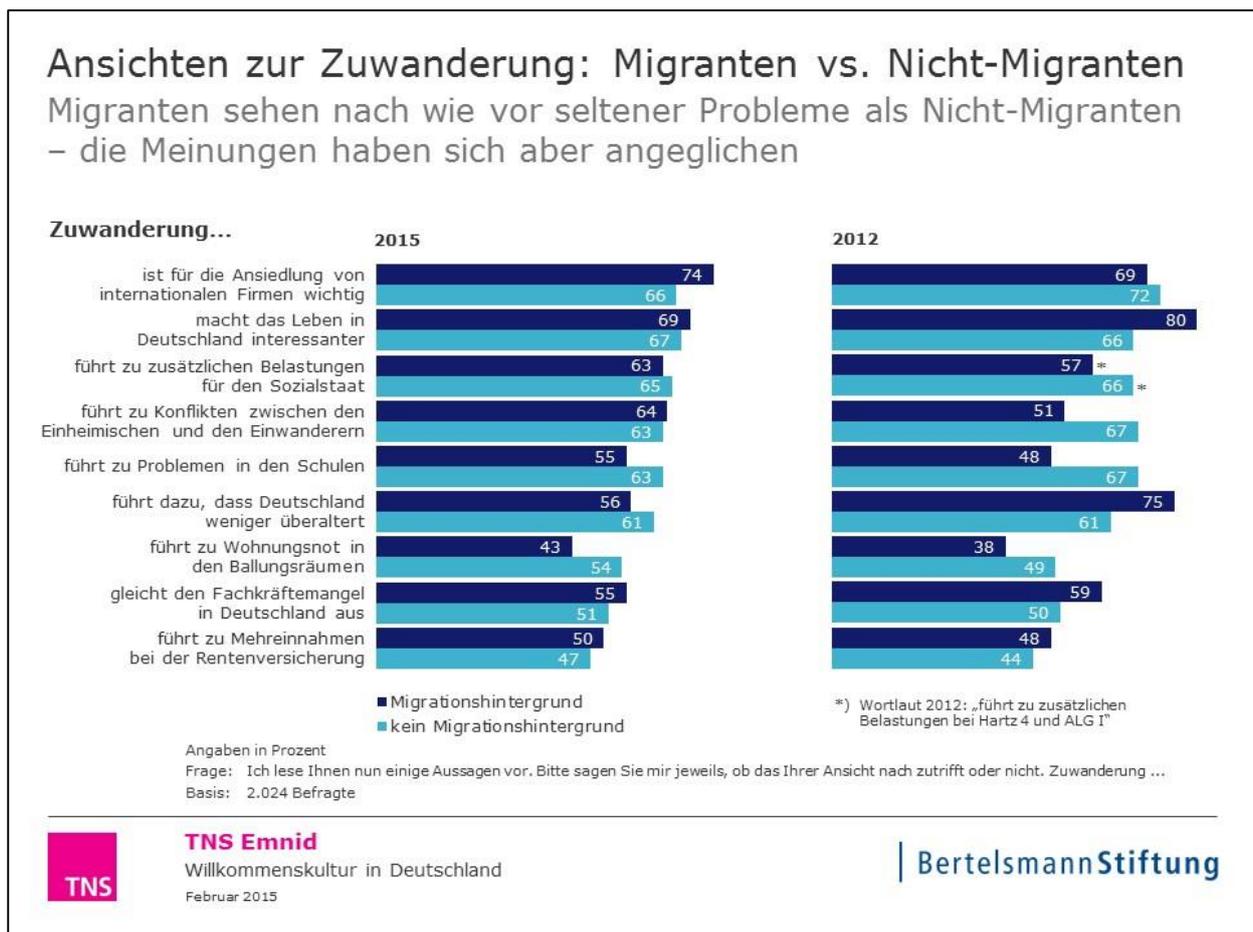
Bereicherung darstellt, während bei Befragten mit Volks- oder Hauptschulabschluss nur 56 Prozent dieser Meinung sind. Ähnliche Diskrepanzen in Abhängigkeit vom Bildungsniveau finden sich bei der Frage nach der vermeintlichen Belastung des Sozialstaats durch Einwanderung (diese Sorge äußert jede zweite Befragte mit hoher, aber zwei von drei Befragten mit niedriger Schulbildung). Mehreinnahmen bei der Rentenversicherung vermuten 62 Prozent mit hoher formaler Bildung, während dies bei Befragten mit niedrigem Bildungsniveau nur 39 Prozent äußern.

Inwieweit diese Diskrepanzen allein unterschiedlichen Bildungsniveaus geschuldet sind oder nicht mindestens ebenso stark daher rühren, dass niedrige Bildungsabschlüsse in aller Regel mit niedrigeren Einkommen und in der Folge mit real problematischeren Wohn- und Lebensverhältnissen einhergehen, muss hier offen bleiben. Ein Indiz dafür könnte aber zum Beispiel sein, dass fast zwei von drei Befragten (59) mit Volks- oder Hauptschulabschluss Einwanderer mit der Wohnungsnot in Ballungsräumen in Verbindung bringen, während das bei Befragten mit hoher Schulbildung nur jeder Dritte (38) sagt.

Im Vergleich zur Umfrage aus dem Jahr 2012 sind vor allem die mittleren und jüngeren Altersgruppen punktuell skeptischer gegenüber Einwanderung geworden. Vertraten in der Gruppe der 40-49-Jährigen vor drei Jahren etwa noch 74 Prozent die Meinung, dass Einwanderung für die Ansiedlung internationaler Firmen wichtig ist, so sind es aktuell 60 Prozent. In dieser Altersgruppe ist auch die Zahl derer, die meinen, dass Einwanderer dem Fachkräftemangel entgegen wirkt, von 53 auf 42 Prozent gesunken. Dass Einwanderung der Überalterung der Gesellschaft entgegen wirkt, sagten 2012 60 Prozent der 14-29-Jährigen. 2015 waren es nur noch 44 Prozent. In dieser jüngsten Altersgruppe macht jeder Zweite (52) Einwanderer für die Verschärfung der Wohnungsnot in Ballungsräumen verantwortlich. Vor drei Jahren sahen das 41 Prozent so.

Gleichzeitig ist die Skepsis gegenüber der Einwanderung in der älteren Bevölkerungsgruppe etwas gesunken – 2012 waren die über 60-Jährigen noch in vielen Fragen der Bevölkerungsteil mit den signifikant höchsten Skepsiswerten. Glaubte vor drei Jahren noch jeder Dritte (65), dass Zuwanderung zu Konflikten zwischen Einwanderern und Einheimischen führt, denkt das heute von den über 60-Jährigen nur noch jeder Zweite (55). Auch die Sorge, dass Einwanderung zu Konflikten in der Schule führt (2012: 74; 2015: 64) und eine Belastung des Sozialstaats darstellt (72 : 63), wird in der älteren Bevölkerungsgruppe seltener geäußert. Stattdessen sieht fast jeder zweite ältere Befragte (49) die Mehreinnahmen, die Einwanderer für die Rentenkasse erbringen (2012: 40).

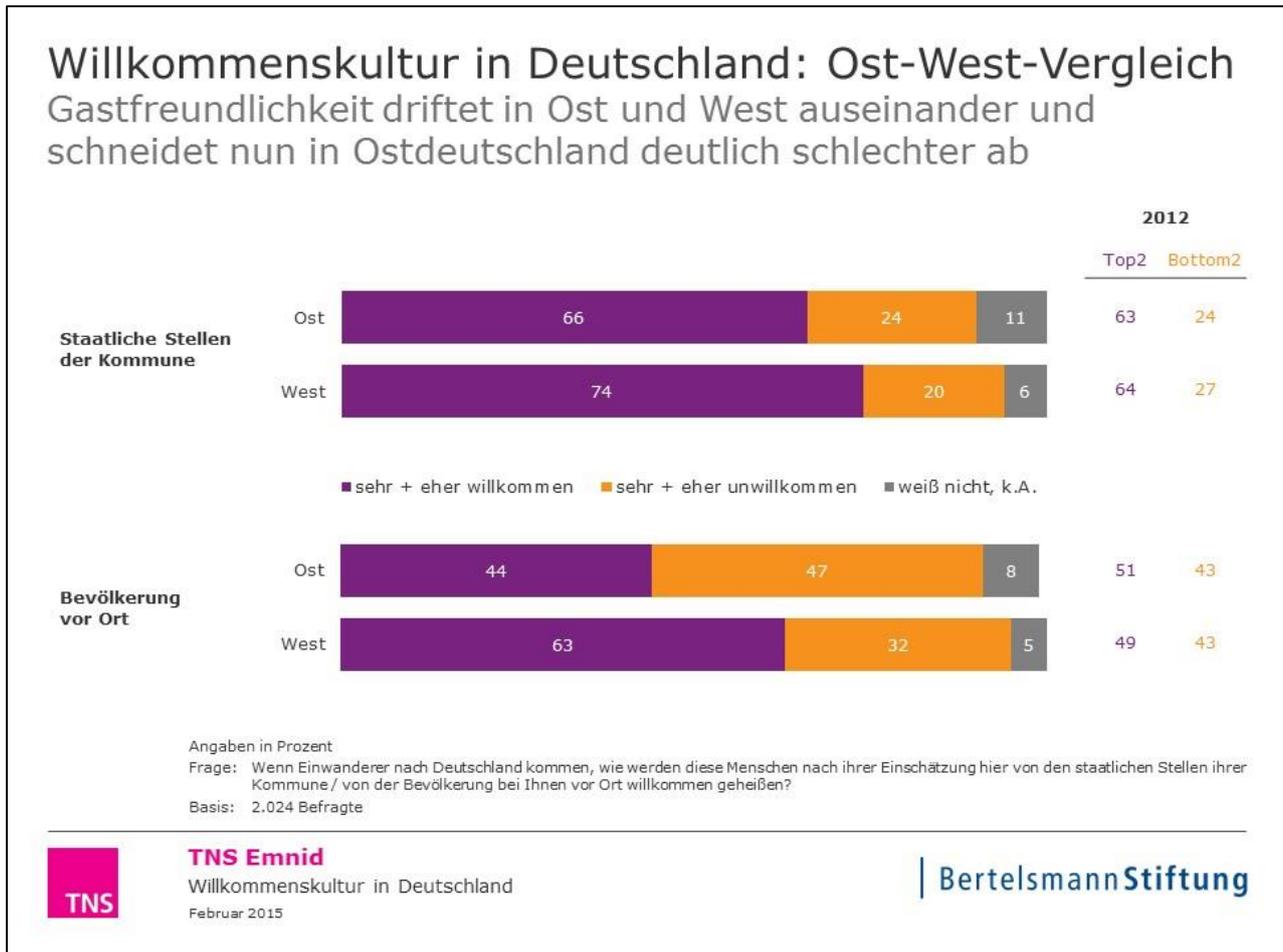
3.2. Die Haltungen von Migranten und Nicht-Migranten nähern sich an



Wie bereits 2012 sehen die Befragten mit Migrationshintergrund selbst tendenziell seltener Probleme und häufiger Vorteile in Verbindung mit Einwanderung als die einheimische Bevölkerung. Allerdings haben sich die Differenzen im Vergleich zur Umfrage 2012 verringert. Auffällig ist beispielsweise, dass sich die Einschätzung bzgl. des Konfliktpotenzials zwischen Einheimischen und Einwanderern angeglichen hat. 2012 waren 67 Prozent der Befragten ohne Migrationshintergrund der Ansicht, Zuwanderung führe zu Konflikten, während das bei den Befragten mit Migrationshintergrund nur 51 Prozent bejahten. 2015 schätzen die Menschen mit und ohne ausländische Wurzeln das Konfliktpotenzial mit 63 bzw. 64 Prozent fast gleich ein. Diese Annäherungen in den Haltungen sind ein weiteres Indiz dafür ist, dass sich die Beziehungen tendenziell normalisieren und sich das Selbstbild eines selbstverständlichen modernen Einwanderungslandes abzuzeichnen beginnt.

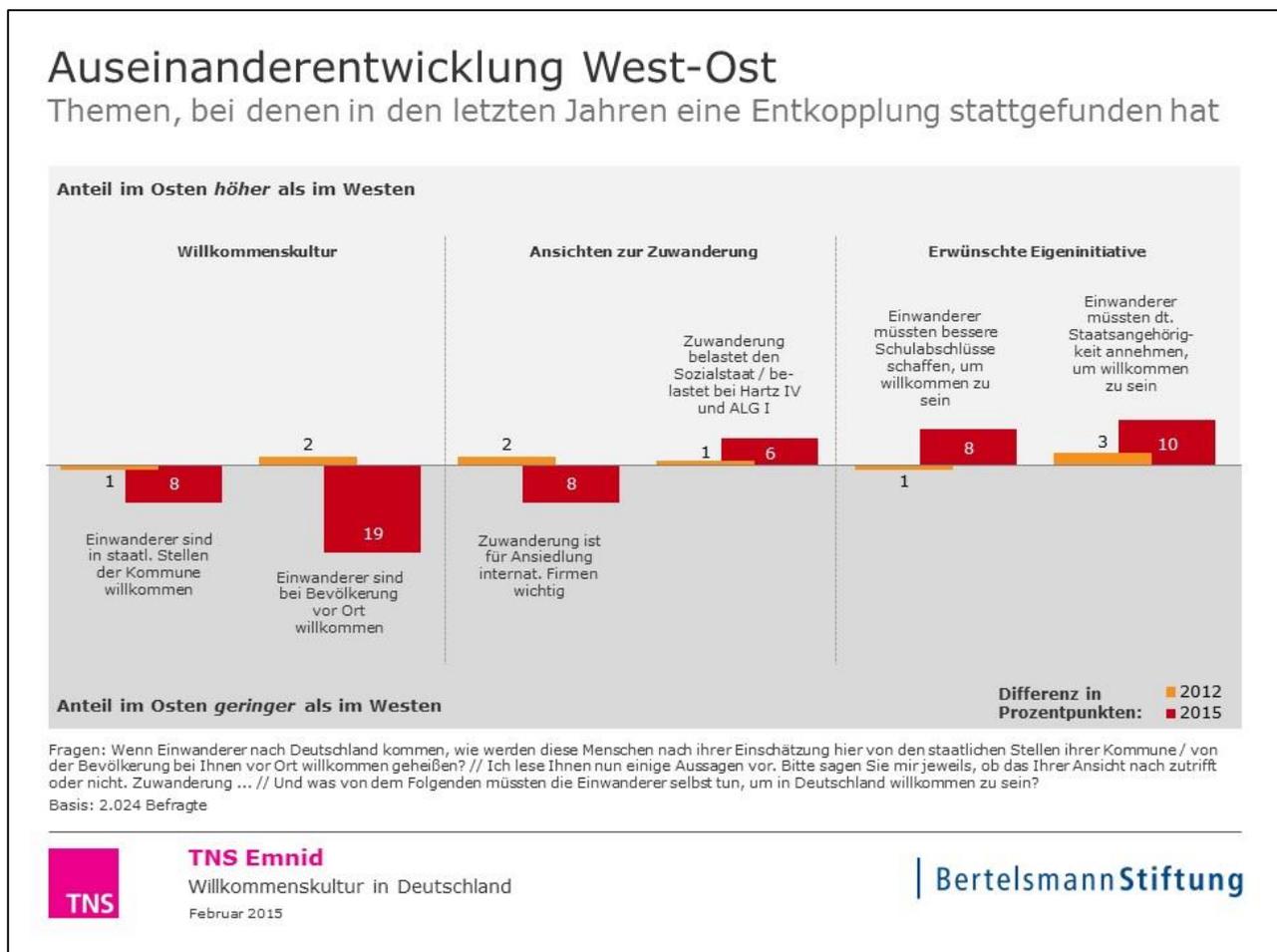
4. In Ostdeutschland wächst die Skepsis gegenüber Zuwanderung

4.1. In der Bewertung der Willkommenskultur ist Ostdeutschland skeptischer geworden



Wie oben im ersten Kapitel kurz angesprochen, ist hinsichtlich der Willkommenskultur eine deutliche Ost-West-Differenz zu konstatieren. Während in Westdeutschland lediglich ein Drittel der Befragten glaubt, Einwanderer seien seitens der Bevölkerung in Deutschland nicht willkommen, glaubt das im Osten fast jeder Zweite (47 Prozent). Noch vor drei Jahren war ein solcher Unterschied zwischen den neuen und den alten Bundesländern nicht feststellbar, weshalb nunmehr davon auszugehen ist, dass sich die beiden Landesteile diesbezüglich in der Zwischenzeit in gegensätzliche Richtungen entwickelt haben.

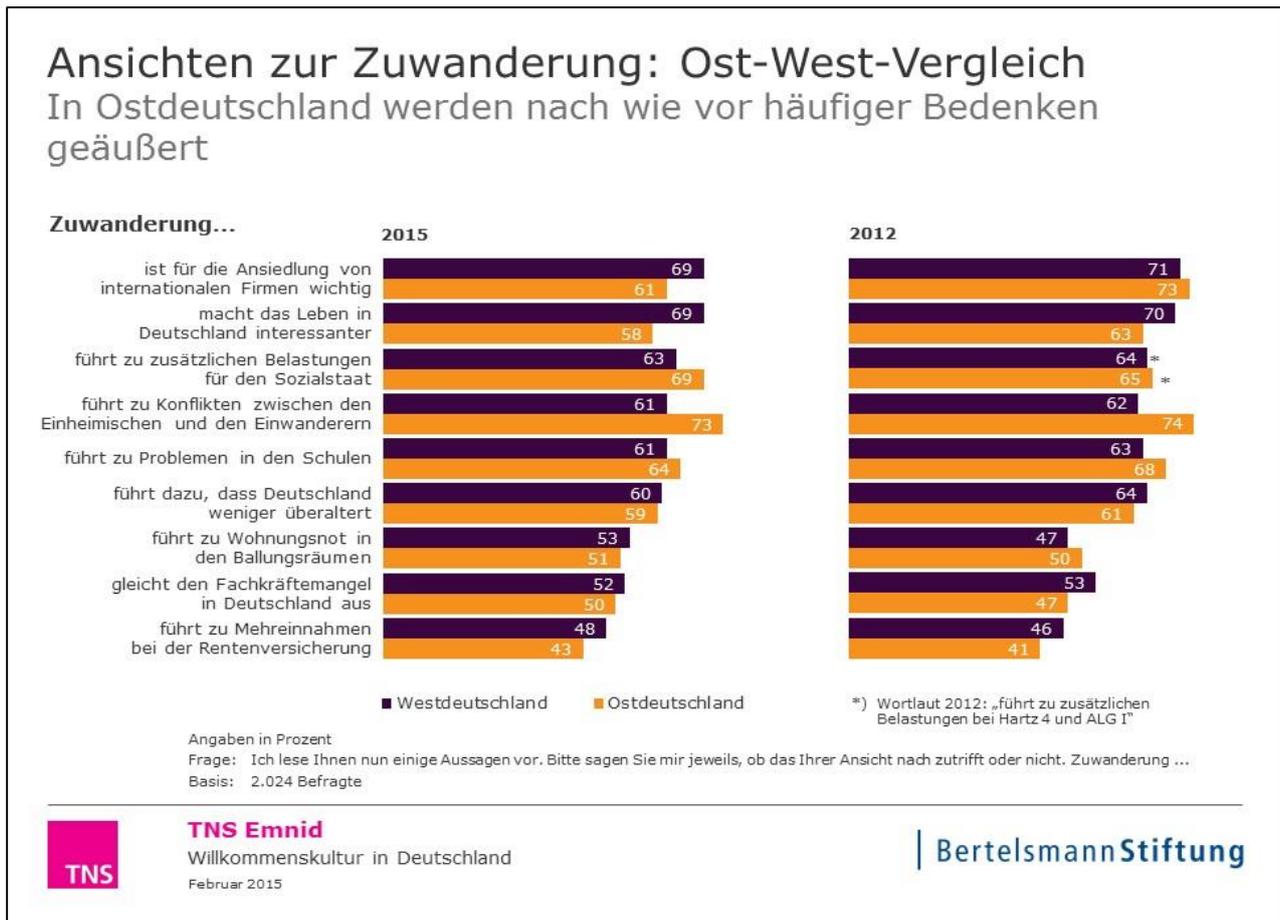
4.2. Im Vergleich zu 2012 entwickeln sich Ost- und Westdeutschland partiell in gegensätzliche Richtungen



Ließen sich in der Emnid-Umfrage aus dem Jahr 2012 eher wenige Unterschiede zwischen Befragten in West- und Ostdeutschland feststellen, so zeigen sich drei Jahre später in einigen Punkten stärkere Differenzen zwischen den Landesteilen. 2012 waren beispielsweise 2 Prozent mehr ostdeutsche als westdeutsche Befragte der Ansicht, Einwanderer seien bei der Bevölkerung vor Ort willkommen. 2015 hat sich das umgekehrt und der Abstand zwischen Ost und West drastisch vergrößert: jetzt sind 19 Prozent weniger ostdeutsche als westdeutsche Befragte dieser Ansicht. Ein ähnliche Entwicklung zeigt sich bei der Einschätzung, ob Zuwanderung für die Ansiedlung internationaler Firmen wichtig ist: 2012 befürworteten dies 2 Prozent mehr ostdeutsche als westdeutsche Befragte, während 2015 umgekehrt 8 Prozent weniger ostdeutsche als westdeutsche Befragte das so einschätzen.

In den neuen Bundesländern mehren sich somit Anzeichen für eine kritischere Einschätzung des Zuwanderungsgeschehens. Besonders augenfällig wurde das unlängst einer breiten Öffentlichkeit durch den sehr unterschiedlichen Zuspruch, den die zuwanderungskritischen Demonstrationen erfahren haben, die ihren Ausgang in den Dresdener Pegida-Protessen nahmen.

4.3. Ostdeutsche Befragte äußern tendenziell mehr Vorbehalte gegenüber Zuwanderung



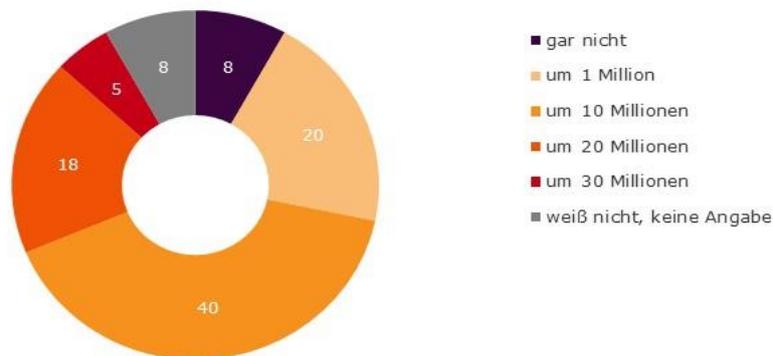
In Ostdeutschland werden Bedenken gegenüber Zuwanderern etwas häufiger geäußert als in Westdeutschland. Ob Schulprobleme (Ost: 64 Prozent; West 61 Prozent), vermeintliche Belastung des Sozialstaats (69 : 63) oder Konfliktpotenzial (73 : 61): Befragte aus den neuen Bundesländern zeigen in diesen Fragen ein tendenziell kritischeres Abstimmungsverhalten. Auch die Vorteile von Zuwanderung werden von den Befragten im Osten weniger deutlich gesehen: so sind 61 Prozent der Ansicht, dass Zuwanderung für die Ansiedlung von internationalen Firmen wichtig ist (West 69 Prozent) und 58 Prozent glauben, dass Zuwanderung das Leben in Deutschland interessanter macht (West: 69).

Auffällig ist auch, dass die Zustimmungen zu diesen Fragen 2015 gegenüber 2012 im Osten gesunken sind. Mögen die Abstände bei einzelnen Items auch nicht sehr groß ausfallen, gewinnt diese grundsätzlich skeptischere Haltung gegenüber Zuwanderung doch an Schärfe, wenn man berücksichtigt, dass in Ostdeutschland kaum Menschen mit Migrationshintergrund leben (in Westdeutschland inkl. Berlin wohnen 96,6% aller in Deutschland lebenden Menschen mit Migrationshintergrund, in Ostdeutschland 3,4%). Erschwerend kommt hinzu, dass Ostdeutschland überproportional stark vom demographisch bedingten Bevölkerungsrückgang betroffen sein wird und sich in der Folge besonders drängend die Frage stellt, wie dort dem wachsenden Mangel an Fachkräften konstruktiv begegnet werden kann. Der Zuzug von qualifizierten Einwanderern wäre zwar eine der wenigen Strategien, wie man diesem Überalterungsprozess kurzfristig aktiv entgegen wirken kann. Allerdings wäre das wohl nur dann eine realistische Option, wenn Einwanderer in Ostdeutschland auch mehrheitlich willkommen wären.

5. In Deutschland werden die Effekte des demographischen Wandels unterschätzt

5.1. Mehr als jeder Vierte glaubt, dass die Bevölkerung in Deutschland ohne Einwanderer nicht oder kaum schrumpfen wird

Bevölkerungsentwicklung ohne Zuwanderung bis 2060
Mehrheit rechnet mit einer Abnahme der Bevölkerung um 10 Millionen oder mehr



Angaben in Prozent

Frage: In Deutschland leben etwa 80 Millionen Menschen. Was glauben Sie: Um wieviel würde diese Zahl bis 2060 voraussichtlich schrumpfen, wenn in der Zeit keine Einwanderung stattfindet?

Basis: 2.024 Befragte



TNS Emnid

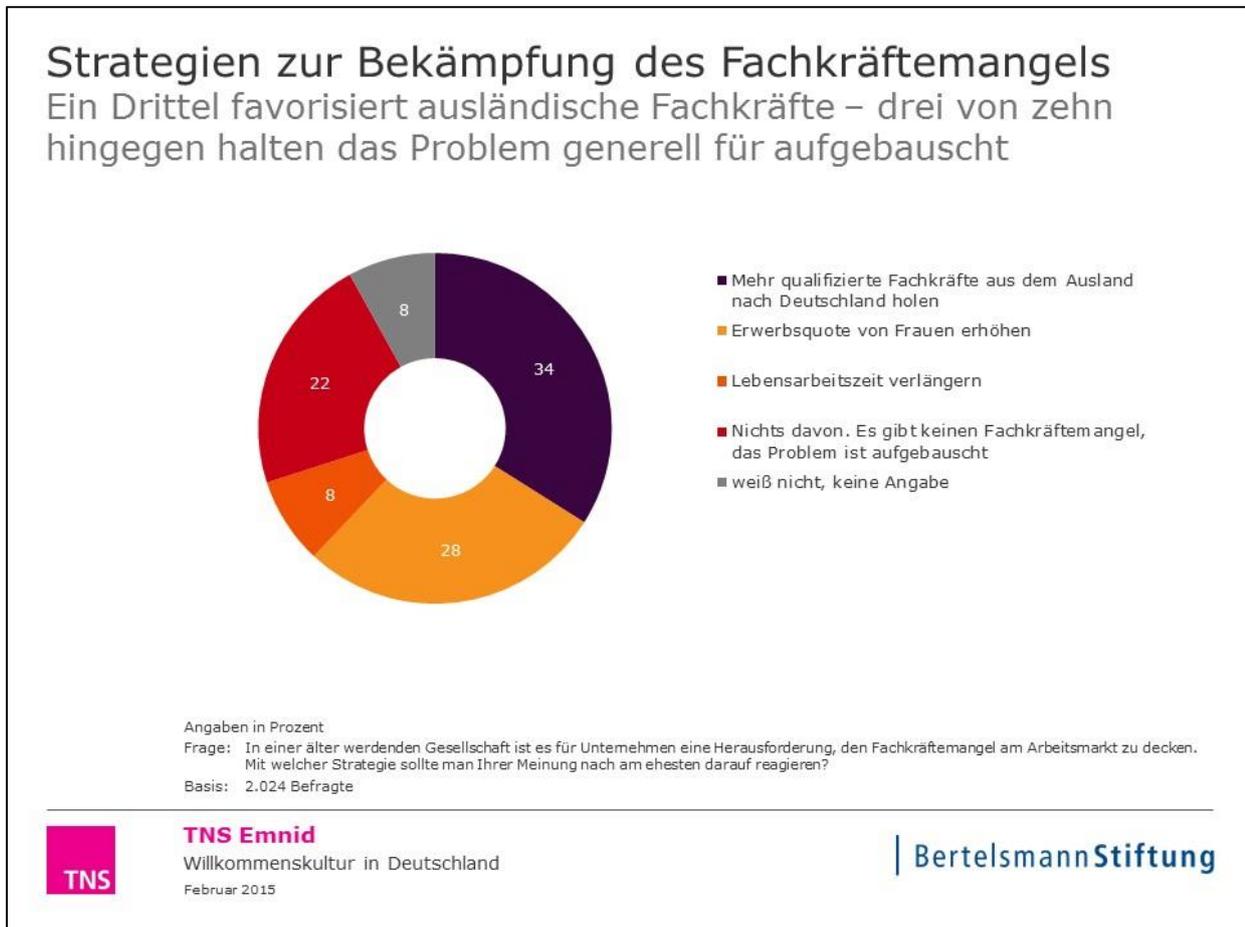
Willkommenskultur in Deutschland

Februar 2015

| BertelsmannStiftung

In Deutschland ist ein Bewusstsein für die Effekte des demographischen Wandels vorhanden. Gleichwohl unterschätzt die Bevölkerung die Dimensionen, die sich aus der Überalterung für die Gesellschaft ergeben – im Osten etwas mehr Befragte als im Westen. So glauben insgesamt 40 Prozent der Befragten, dass die Bevölkerung in Deutschland ohne Zuwanderung bis 2060 um 10 Millionen Menschen schrumpfen wird (West: 42; Ost: 34). Mehr als jeder Vierte (28) geht sogar davon aus, dass Deutschland gar nicht oder nur um 1 Million Menschen schrumpfen wird (West: 28; Ost: 32). Laut der Prognose des Statistischen Bundesamts von 2009 wird Deutschland aber ohne Einwanderer bis 2060 über 20 Millionen Menschen verlieren – mit den entsprechenden negativen Effekten auf das Erwerbspersonenpotenzial und das Fachkräfteangebot.

5.2. Die Bevölkerung ist uneins hinsichtlich der Herausforderung des Fachkräftemangels



Bei der Frage, wie man einem demographisch bedingten Fachkräftemangel entgegen wirken kann, sind sich die Menschen in Deutschland nicht einig. Ein Drittel (34 Prozent) meint, dass die Anwerbung qualifizierter Fachkräfte aus dem Ausland geboten ist – vor allem unter Befragten mit hohem Bildungsgrad findet diese Lösung Anklang (43), während Menschen mit niedrigen Bildungsabschlüssen diese Option skeptischer sehen (28). Jeder Fünfte (22) hingegen ist der Ansicht, dass es gar keinen Fachkräftemangel gibt und insofern keine besonderen Anstrengungen vonnöten seien. 28 Prozent favorisieren eher die Erhöhung der Erwerbsquote von Frauen, um den künftigen Fachkräftebedarf zu decken, wobei weibliche Befragte diese stärker befürworten (32) als männliche (23). Eine generelle Verlängerung der Lebensarbeitszeit lehnen 9 von 10 Befragten ab.

Ostdeutsche Befragte befürworten im Gegensatz zu den Westdeutschen eher die Erhöhung der Erwerbsquote von Frauen (Ost: 32; West: 27), während sich etwas weniger Ostdeutsche als Westdeutsche für die Anwerbung von ausländischen Fachkräften aussprechen (Ost: 31; West: 35). Geringfügig mehr Ostdeutsche halten das Problem Fachkräftemangel für aufgebauscht (Ost: 24; West: 22). Für die Verlängerung der Lebensarbeitszeit sprechen sich auf sehr niedrigem Niveau mit 5 Prozent weniger Ostdeutsche als Westdeutsche mit 8 Prozent aus.

C. Hintergrund: Studiendesign der Umfrage „Willkommenskultur“ des Instituts TNS Emnid, Bielefeld

Mit diesem Bericht legt TNS Emnid, Bielefeld, im Auftrag der Bertelsmann Stiftung die Ergebnisse einer bundesweiten Befragung vor. Die Studie untersucht die Willkommenskultur gegenüber Zuwanderern in Deutschland. Für die Datenerhebung und Auswertung war TNS Emnid, Bielefeld, verantwortlich.

Institut	TNS Emnid
Methode	Telefonbefragung (CATI Mehrthemenumfrage)
Grundgesamtheit	Bundesdeutsche Wohnbevölkerung ab 14 Jahren
Stichprobe	n = 2.024
Erhebungszeitraum	12. bis 17. Januar 2015
Vorläuferstudie	Oktober 2012

In der Feldzeit vom 12.01.2015 bis zum 17.01.2015 wurden insgesamt 2.024 Menschen der bundesdeutschen Wohnbevölkerung ab 14 Jahren befragt. In Ostdeutschland wurden 362 Personen befragt, in Westdeutschland 1662. Befragt wurden 992 Männer und 1032 Frauen. Ohne Migrationshintergrund waren dabei 1666 Personen, einen Migrationshintergrund gaben 358 Befragte an. Hier lag die Frage zugrunde: „Gibt es in Ihrer Familie – damit meinen wir Sie selbst, Ihren Vater und Ihre Mutter – mindestens eine Person, die im Ausland geboren, also nach Deutschland eingewandert ist oder bei der Geburt eine ausländische Staatsangehörigkeit hatte?“

Wo methodisch angebracht, werden Befragungsergebnisse aus der Vorläuferstudie des Jahres 2012 im Trendvergleich dargestellt. Da die dargestellten Anteilswerte auf ganze Zahlen gerundet sind, kann es vorkommen, dass sie sich nicht zu 100 Prozent aufsummieren. Aus demselben Grund können sogenannte „Top-Two-Werte“ (durch Addition zusammengefasste Kategorien wie: „sehr zufrieden“ + „eher zufrieden“) von der Summe der dargestellten Einzelkategorien abweichen. Bei Fragen mit mehreren möglichen Antwortoptionen können die aufaddierten Nennungen 100 Prozent überschreiten.

Kontakt

Dr. Franco Zotta

Project Manager

Programm Integration und Bildung

Bertelsmann Stiftung

Telefon 05241 81-81539

Fax 05241 81-681539

franco.zotta@bertelsmann-stiftung.de

www.bertelsmann-stiftung.de